



HESSISCHER LANDTAG

05. 02. 2026

KPA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stellenkürzungen an Integrierten Gesamtschulen (IGS)

Laut GEW und dem Arbeitskreis der Direktorinnen und Direktoren hessischer Gesamtschulen hat das Kultusministerium angekündigt, für formal binnendifferenziert arbeitende Jahrgänge an Integrierten Gesamtschulen künftig den Zuschlag für die äußere Differenzierung zu streichen, also die Zuweisung für Lehrkräftestellen an den Integrierten Gesamtschulen zu kürzen. Betroffene Schulen kritisieren, dass dadurch bisher zusätzlich eingerichtete, de facto äußerlich differenzierende Förderkonzepte, wie zusätzliche Lernzeiten, flexible Gruppensettings, individualisierte Lernangebote sowie gezielte Unterstützung leistungsstarker wie auch förderbedürftiger Schülerinnen und Schüler, zukünftig entfallen werden müssen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Kultuspolitischen Ausschuss (KPA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Seit wann gibt es die zusätzliche Lehrkräftezuweisung für die äußere Differenzierung an Integrierten Gesamtschulen?
2. In welcher Form musste die Lehrkräftezuweisung für die äußere Differenzierung von den Integrierten Gesamtschulen bisher beantragt werden?
3. Welche Maßnahmen beziehungsweise welchen Verwendungszweck haben die IGSen dabei als Begründung für die Beantragung des Differenzierungszuschlags angegeben?
4. Wie viele Schulen werden im Schuljahr 2026/2027 von Stellenkürzungen im Bereich des Differenzierungszuschlags betroffen sein? Bitte insgesamt angeben und nach Schulträgerbezirk aufschlüsseln.
5. Wie viele Stellen(anteile) werden nach Berechnung des Kultusministeriums im Schuljahr 2026/2027 an den betroffenen Schulen **im Durchschnitt** wegfallen?
6. Wie viele Stellen(anteile) werden in den einzelnen Schulträgerbezirken in Summe im Schuljahr 2026/2027 wegfallen? Bitte für die einzelnen Schulträgerbezirke aufschlüsseln.
7. Wie viele Stellen werden im Schuljahr 2026/2027 insgesamt durch die Kürzung beim Differenzierungszuschlag gekürzt?
8. Wie viele Startchancenschulen sind von den Kürzungen betroffen und in welcher Höhe? Bitte für jede Schule einzeln sowie in Summe angeben.
9. Inwiefern ist es im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarung zum Startchancenprogramm zulässig, dass Programmschulen durch Kürzungen des Landes trotz zusätzlicher Bundesmittel netto kein Ressourcen- beziehungsweise Stellenplus erhalten?
10. Welche konkreten Fördermaßnahmen, wie zusätzliche Lernzeiten etc., können durch die Kürzung an Integrierten Gesamtschulen zukünftig nicht mehr durchgeführt werden und wie werden die Auswirkungen eingeschätzt?
11. Welche weiteren Kürzungen im Mandantenkreis Schule plant die Landesregierung zum Schuljahresbeginn 2026/2027.

Wiesbaden, 5. Februar 2026

Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Miriam Dahlke